

# POSITIONSPAPIER

---

## Reformen EU-Urheberrecht

---

2.11.2016

---

13\Urheberrecht\VPRT\EU-Urheberechtsreform.docx

### 1. Einleitung und Kurzüberblick

Für die im VPRT organisierten TV-Sender und audiovisuellen Mediendiensteanbieter bildet das geltende Urheberrecht eine gut funktionierende, rechtssichere Grundlage.

Sie sehen mit Blick den Vorschlag zu programm-begleitenden Online-Dienste weder einen Bedarf noch einen Mehrwert darin, das Ursprungslandprinzip der Richtlinie 93/83/EWG zur Koordinierung bestimmter urheber- und leistungsschutzrechtlicher Vorschriften betreffend Satellitenrundfunk und Kabelweiterverbreitung auf Onlinedienste auszuweiten (siehe Punkt F). Die VPRT-Mitglieder bieten ihre Programme und Angebote für Deutschland oder den deutschen Sprachraum an. Denn nur in diesem Markt refinanzieren sie ihre Inhalte über Werbung, Pay oder Abonnement. Fragen der Refinanzierung am Markt sind für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk irrelevant. Mit Ausnahme von ARTE, 3Sat und der Deutschen Welle besteht der öffentlich-rechtliche Rundfunkauftrag darin, die deutschen Haushalte mit Rundfunk zu versorgen. Das Bedürfnis von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nach vereinfachter Rechteklärung rechtfertigt daher in keiner Weise einen so erheblichen Eingriff in die Wertschöpfungskette der gesamten europäischen Kreativindustrie. Gleiches gilt für die Übertragung der Prinzipien der Kabelweitersendung auf weitere Übertragungswege: Aus Sicht des VPRT fehlt es an einem Nachweis für ein Marktversagen in diesem Bereich, da hier vertragliche Lösungen gefunden wurden. Es ist zudem ein Trugschluss, dass die Verordnung einen Anstieg grenzüberschreitender Angebote auslösen wird. Plattformen werden sie vielmehr dazu nutzen, ihre Verhandlungsposition bei rein nationalen Sachverhalten gegenüber denjenigen, die Inhalte erstellen und finanzieren, auszubauen. Inhalte der europäischen Kreativindustrie werden so an Wertigkeit verlieren. Ihre Refinanzierbarkeit wird in Frage gestellt. Der Gesetzgeber muss dies im Blick haben und sicherstellen, dass nur ein umfassendes Verbotsrecht für die Sendeunternehmen, Gewähr dafür bietet, dass Augenhöhe zwischen Inhalte- und Infrastrukturanbietern besteht.

Den Vorschlag einer Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt (COM(2016) 593)<sup>1</sup> wird der VPRT nur punktuell kommentieren (siehe Punkt E).

---

<sup>1</sup> <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016PC0593&from=EN>

Grundsätzlich müssen Schranken eng ausgelegt und Einschränkungen von Urheber- und Leistungsschutzrechten entschädigt werden. Der VPRT begrüßt daher, dass die Ausnahme für grenzüberschreitende Lehrtätigkeiten den Schwerpunkt auf eine Lizenzierung der Werke setzt.

Der VPRT unterstützt zudem den gesetzlichen Schutz von Veröffentlichungen. Dies sollte - wie in Deutschland - auch Inhalte von regelmäßig erscheinenden redaktionell aufbereiteten Websites von Radio- und TV-Veranstaltern erfassen.

Die Vorgaben zur Zugänglichmachung und Verfügbarkeit audiovisueller Werke auf VOD-Plattformen und zu „Nutzungen geschützter Online-Dienste“ sollen zur weiteren Verbreitung von audiovisuellen Werken in der EU und zum Schutz urheberrechtlich geschützter Werke beitragen. Sie erscheinen jedoch vage, so dass die unmittelbaren Auswirkungen schwer zu bewerten sind.

In der EU gilt die auf den Grundrechten der unternehmerischen Freiheit und dem auf Eigentum basierende Vertragsfreiheit. Die Vorgaben zur fairen Vergütung in Kapitel 3 greifen in diese Grundfreiheiten unverhältnismäßig ein.

Die Mitteilung zeigt den über die veröffentlichten Vorschläge hinausgehenden Handlungsbedarf zur Verbesserung des Urheberrechtsschutzes und zur Verfügbarkeit audiovisueller Werke im Rahmen des MEDIA-Programms auf. Der VPRT fordert die Kommission an dieser Stelle auf, das Enforcement von Urheberrechtsverletzungen zügig zu verbessern und insbesondere bei Follow-the-Money konkrete Maßnahmen zu verabschieden.

Zu den Rechtsvorschlägen zur Umsetzung des WIPO-Marakesch-Vertrages (Punkte C und D) wird sich der VPRT zunächst nicht äußern.

Der VPRT ist Mitglied im Deutschen Kulturrat und verweist ergänzend auf dessen Stellungnahme.<sup>2</sup>

## **2. Weitere Themen**

Der VPRT setzt sich für die Einbeziehung der Privatsendeunternehmen in den Begünstigtenkreis der Privatkopievergütung im deutschen Urheberrecht ein. Hierzu Näheres unter 4. e.

---

<sup>2</sup> <https://www.kulturrat.de/positionen/stellungnahme-des-deutschen-kulturrates-zur-reform-des-europaeischen-urheberrechts/>

### 3. Vertrag von Marrakesch (COM(2016) 596 final)<sup>3</sup> und (COM(2016) 595 final)<sup>4</sup>

Der VPRT behält sich vor, ggf. zu einem späteren Zeitpunkt Stellung zu nehmen.

### 4. Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt (COM(2016) 593)<sup>5</sup>

#### a. Schrankenregelungen - Bildung/Lehre (Teaching) – Art. 4, Erw. 14-17

Die Kommission führt eine zwingende Ausnahme für die Bildung und Lehre ein. Ausnahmen dürfen nicht in den Primärmarkt der Rechteinhaber eingreifen und müssen eng ausgestaltet werden. Hierzu muss der Anwendungsbereich klarer definiert werden. Insbesondere sollte im Artikel deutlich werden, welche „Bildungseinrichtungen“ in den Genuss der Regelung kommen. Erw. 15 enthält hierzu Anhaltspunkte. Begrüßenswert ist, dass der Vorrang weiterhin bei der Lizenzierung liegt, die vereinfacht werden soll und eine Kompensation ausdrücklich vorgesehen ist.

#### b. Vergriffene Werke

Der VPRT nimmt hierzu nicht Stellung.

#### c. Video-On-Demand-Verhandlungsmechanismus – Artikel 10, Erw. 29-30

Mitgliedstaaten sollen einen Verhandlungsmechanismus aufsetzen und eine „unabhängige Instanz“ bestimmen, um die Lizenzierung von av Werken zu vereinfachen. Da die Lizenzierung von av Werken aus Sicht der VPRT-Mitglieder gut funktioniert, ist diese Maßnahme keine Priorität für den VPRT. Als „unabhängige Instanz“ kommt die Schiedsstelle des Deutschen Patent- und Markenamtes oder das neu gegründete Deutsche Medienschiedsgericht in Betracht.

Der VPRT regt an, auch die in Option-3-Gesellschaften ausgelagerten Musikrechte über dieses Verfahren klären zu können.

#### d. Leistungsschutzrecht für Presseverlage, Art. 2 Nr. 4, Art. 11, Erw. 31-36

Richtlinienvorschlag führt ein Leistungsschutzrecht für Presseverleger ein, d.h. für Provider von journalistischen Inhalten, die regelmäßig aktualisiert werden. Der VPRT unterstützt diesen gesetzlichen Schutz von Veröffentlichungen. Denn es gilt zu Recht, redaktionelle, journalistische Leistungen und deren redaktionelle Aggregation gegenüber Plattformen zu schützen und Verwerterrechte zu stärken.

---

<sup>3</sup> <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016PC0596&from=EN>

<sup>4</sup> <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016PC0595&from=EN>

<sup>5</sup> <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016PC0593&from=EN>

In Vorversionen der Richtlinie sollte das Recht für „news publication“ gelten. Der vorliegende Text dehnt den Anwendungsbereich auf alle Publikationen aus. Insbesondere der deutsche Text scheint den Anwendungsbereich in Erw. 33-35 auf Presseverleger zu beschränken. Im Englischen ist der Begriff „press publication“ weiter, da „press“ in der Regel allgemein journalistische, redaktionelle Leistungen und Werke umfasst. Aus Sicht des VPRT sollte als Kriterium die redaktionelle, journalistische Leistung, nicht die Einordnung Presseverleger oder Rundfunkanbieter gelten. Insofern sollte das Recht - wie in Deutschland - auch Inhalte von regelmäßig erscheinenden redaktionell aufbereiteten Websites von Radio- und TV-Veranstaltern erfassen.

Mit Blick auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes (GS Media)<sup>6</sup>, sollte der Passus zu Hyperlinks (Erw. 33 letzter Satz) gestrichen werden.

Im Übrigen verweist der VPRT auf seine Stellungnahme zur Konsultation.<sup>7</sup>

#### e. Verlegerbeteiligung – Senderbeteiligung an der Privatkopievergütung

Der VPRT begrüßt, dass die Leistung der Verleger anerkannt werden und Verleger an gesetzlichen Vergütungsansprüchen beteiligt werden.

Gleiches muss für die Sendeunternehmen gelten: Die Richtlinie 2001/29/EG sieht vor, dass Mitgliedstaaten, die Privatkopien zulassen, hierfür eine angemessene Vergütung für die Leistungsschutzberechtigten vorsehen müssen. Deutschland hat von der Ausnahme zum Schutz des Urheberrechts für das Recht auf Privatkopie, Artikel 5 der Richtlinie 201/29/EG, Gebrauch gemacht und sieht eine Kompensation im Wege der Leermittel- und Leerträgerabgabe vor. Sendeunternehmen, die durch Privatkopien Schäden erleiden, erhalten jedoch keinen derartigen „angemessenen Ausgleich“. Der VPRT fordert seit Jahren eine Beteiligung der Sendeunternehmen an der Pauschalvergütung und eine entsprechende Änderung des deutschen Urheberrechtsgesetzes.

Mit Blick auf die neuere Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs in Sachen Stichting de Thuis kopie ./ Opus Supplies Deutschland GmbH vom 16. Juni 2011 und SGAE ./ Padawan SL vom 21. Oktober 2010 möchte der VPRT seine Forderung nach einer Einbeziehung der Sendeunternehmen in den Begünstigtenkreis der Pauschalvergütung erneut vorbringen. Nach dem Tenor der Urteile dürfen Mitgliedstaaten, die eine Kompensation für die Zulassung der Privatkopie vorsehen, nicht bestimmte Leistungsschutzberechtigte ausklammern. Sendeunternehmen sind Leistungsschutzberechtigte und müssten nach der Argumentation des

---

<sup>6</sup> EuGH, C-160/15, <http://www.vprt.de/thema/medienordnung/urheberrecht/piraterie/content/setzen-von-hyperlinks-kann-auch-urheberrechtsverl>

<sup>7</sup> <http://www.vprt.de/verband/positionen/content/vprt-nimmt-zum-leistungsschutzrecht-f%C3%BCr-verleger-und-zur-panoramafreiheit?c=4>

Gerichtshofes daher auch in den Genuss des „angemessenen Ausgleichs“ für die durch den durch die Privatkopie erlittenen Schaden kommen.

Der VPRT appelliert daher, das Umsetzungsdefizit mit Blick auf die für die Privatkopieausnahme zu gewährende Entschädigung zu beseitigen und darauf hinzuwirken, dass Sendeunternehmen an den Einnahmen aus der sog. Geräte- und Leermedienabgabe beteiligt werden.

#### f. Nutzung geschützter Inhalte durch Online Dienste (Value Gap) - Art. 13, Erw. 37-39

Der VPRT begrüßt, dass die Kommission klarstellt, dass Provider nicht ein uneingeschränktes Haftungsprivileg genießen, sondern in bestimmten, aufgelisteten Fällen kooperieren müssen, um Verletzungen geistigen Eigentums abzustellen.

Welche konkreten Maßnahmen die Mitgliedstaaten aus der sehr vagen Vorgabe beschließen sollen, erschließt sich dem VPRT noch nicht. Die Kriterien des Erw. 38 könnten zur Präzisierung in Art. 13 aufgenommen werden.

#### g. Faire Vergütung (Urhebervertragsrecht) - Art. 14-16, Erw. 40- 43

Der Vorschlag führt erstmalig europäische Vorgaben zum Urhebervertragsrecht ein. Grundsätzlich gilt in Europa die Vertragsfreiheit (Art. 16, 17 Grundrechtecharta). Die Vergütung und übrigen Vertragsbedingungen sollten daher auch zwischen den Parteien ausgehandelt werden.

Vorgaben für mehr Transparenz könnten die Bürokratie für Verwerter erheblich erhöhen. Mehr Verwaltung bedeutet auch höhere Kosten. Diese Mittel fehlen in der Folge für den Erwerb von urheber- und leistungsschutzrechtliche geschützter Werke fehlen – zu Lasten der Kreativindustrie und kulturellen Vielfalt.

Im Übrigen verweist der VPRT auf die VPRT-Stellungnahme zum deutschen Urhebervertragsrecht <sup>8</sup> und die Position des Deutschen Kulturrats.<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> <http://www.vprt.de/verband/positionen/content/vprt-positioniert-sich-zum-kabinettsentwurf-zum-urhebervertragsrecht?c=4>; <http://www.vprt.de/verband/positionen/content/vprt-nimmt-stellung-zum-urhebervertragsrecht?c=4>

<sup>9</sup> <https://www.kulturrat.de/positionen/stellungnahme-des-deutschen-kulturrates-zum-referentenentwurf-des-bundesministeriums-der-justiz-und-fuer-verbraucherschutz/>

## **5. Verordnung mit Vorschriften für die Wahrnehmung von Urheberrechten und verwandten Schutzrechten in Bezug auf bestimmte Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern und die Weiterverbreitung von Fernseh- und Hörfunkprogrammen (COM(2016) 594 final)<sup>10</sup>**

### I. Kritik am Impact Assessment

Der VPRT kritisiert, dass das Impact Assessment der Kommission keine ausreichende Datenbasis liefert, die ein für die Wertschöpfungskette der audiovisuellen Mediendienste hoch riskantes Regelungswerk rechtfertigen könnte.

### Methodologie

Das Impact Assessment blendet in seiner Methodologie (3.1.4., S. 14 und S. 23) grundlegende Elemente für eine Beurteilung des Handlungsbedarfs und der damit verbundenen Risiken aus:

- den räumlich begrenzten Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten,
- Premium Content, der exklusiv für ein jeweiliges Territorium lizenziert wird sowie
- die wirtschaftliche Entscheidung von kommerziellen Sendern, wo sie ihre Dienste anbieten.

ARD und ZDF erhalten von in Deutschland lebenden Bürgern einen Rundfunkbeitrag, damit diese das öffentlich-rechtliche Angebot nutzen können. Arte und 3sat kooperieren mit Frankreich bzw. Österreich/Schweiz. Menschen im Ausland werden im Übrigen steuerfinanziert mit Programmen der Deutschen Welle versorgt. In Zukunft besteht überdies die Möglichkeit, ihre Angebote über die Portabilitätsverordnung für Reisende zugänglich zu machen. Das Impact Assessment hätte daher konkret eruieren müssen, wie viele öffentlich-rechtliche Sender überhaupt grenzüberschreitende Programme/Dienste anbieten dürfen.

Auch die kommerzielle Entscheidungshoheit der Privatsender darf nicht einfach ausgeblendet werden: Sie bieten ihre Programme und programmbegleitenden Onlineangebote national, maximal für einen Sprachraum an. Eigenproduktionen werden häufig grenzüberschreitend angeboten. Das Argument (S. 32), dass TV-Sender aus Ländern, deren Sprache weit verbreitet ist, sich dank CoO neue Märkte erschließen, geht fehl in der Annahme, dass Sender dies bereits heute können und bewusst nicht machen, da sie ihre Angebote nur in Deutschland oder im deutschen Sprachraum monetarisieren (können).

Der Vorschlag der KOM verkennt zudem, dass beim Adressieren neuer Märkte diese Rechte – so sie den Umsatz steigern – wie bereits heute ggf. auch vergütet werden müssen. Ganz im Gegenteil führt gerade bei weit verbreiteten Sprachen

---

<sup>10</sup> <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52016PC0594&from=EN>

ein CoO – ohne Geoblocking – dazu, dass Inhalte bei starken Playern in großen Märkten monopolisiert werden und kleinere Anbieter in kleineren Mitgliedstaaten diese Rechte nicht erhalten.

Auch die Annahme (S. 33), dass Premiumrechte nicht beeinträchtigt werden, ist falsch. Denn es kann nicht ausgeschlossen werden, dass ein Geoblocking im Wege laufender Rechtssetzungsverfahren oder Wettbewerbsverfahren künftig unzulässig ist.

#### Kein Nachweis für hohe Transaktionskosten

Das Impact Assessment statuiert auf S. 24, dass ohne das CoO-Prinzip hohe Transaktionskosten für Sender entstünden, unterlegt dies jedoch nicht mit soliden Daten. Die von der Kommission beauftragte CRA Studie <sup>11</sup> kommt zu dem gegenteiligen Ergebnis:

“Since on-demand television services consist of an extension of the classical offer of broadcasters, the online rights that broadcasters need to acquire in order to make commissioned and acquired audiovisual productions available online are typically included in the original contract agreed between the producer and the broadcaster. The transaction costs associated with the addition of new clauses into the initial agreement are then arguably small or negligible since online rights clearance is typically included in a pre-existing transaction.”

Für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk dürften mit Blick auf den Auftrag von ARD und ZDF nur für Arte und 3sat höhere Transaktionskosten anfallen. Dies rechtfertigt jedoch in keiner Weise einen so erheblichen Eingriff in die Wertschöpfungskette der europäischen Kreativindustrie.

#### Falsche Interpretation des Zuschauerinteresses an grenzüberschreitenden Angeboten

Das IA zitiert Eurobarometer Erhebungen aus den Jahren 2011 und 2015:

19% der Europäer seien interessiert an Inhalten aus anderen EU-Staaten (2011), 8% hätten versucht, auf Inhalte aus anderen Mitgliedstaaten zuzugreifen. Von diesen 8% interessierten sich 5 % für audiovisuelle Inhalte, 3 % für Musik, 2 % für Sport und 1% für Bücher, also eine sehr geringe Anzahl, um daraus einen Bedarf für einen Gesetzesvorschlag herzuleiten. Die Studie aus dem Jahr 2015<sup>12</sup> belegt zudem, dass

- 94% der Befragten sagten, die gesuchten av Inhalte gefunden zu haben

---

<sup>11</sup>Economic Analysis of the Territoriality of the Making Available Right in the EU, Charles River Associates, March 2014, S. 96: [http://ec.europa.eu/internal\\_market/copy-right/docs/studies/1403\\_study1\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/internal_market/copy-right/docs/studies/1403_study1_en.pdf)

<sup>12</sup> Eurobarometer 411, August 2015: <http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/publicopinion/index.cfm/Survey/getSurveyDetail/instruments/FLASH/surveyKy/2059>

- 95% der Befragten nicht versucht hatten, auf av Inhalte aus anderen EU-Staaten zuzugreifen und
- 51% mit dem Angebot im eigenen Staat zufrieden waren.

#### a. Ausdehnung des Herkunftslandprinzips

##### (1) Gefahr für die Wertschöpfungskette im audiovisuellen Bereich

Die Festlegung des Ursprungslandes in der Richtlinie hat das Problem der Rechtssicherheit bei Over-Spill gelöst, damit grenzüberschreitend über Satellit TV-Programme in andere Mitgliedstaaten rechtssicher ausgestrahlt werden können. Eben diesen Over-Spill gibt es jedoch im Internet nicht.

Die Ausdehnung des Herkunftslandprinzips der Satelliten- und Kabelrichtlinie auf den Online-Bereich wird vor dem Hintergrund des andernorts diskutierten Verbot des Geoblockings erhebliche negative Folgen für die kommerziellen TV- und Video-on-Demand-Anbieter – etwa, wenn exklusive audiovisuelle Inhalte nur noch paneuropäisch lizenziert oder englische Sprachfassungen nicht mehr national als „Extra“ mitverworfen werden können. Internationale Lizenzverkäufe auf territorialer Basis, die vielfach Eigenproduktionen erst wirtschaftlich ermöglichen, würden verhindert. Das reduziert die Wahrscheinlichkeit, dass Sender bei hohem wirtschaftlichem Risiko in nationale Produktionen investieren. Zudem würden die europäische (Co-)Produktionslandschaft sowie kleinere Online-Anbieter erheblich gefährdet. Zu diesem Ergebnis kommt auch die oben zitierte CRA-Studie<sup>13</sup> wie auch die Oxera/Ohlbaum-Studie<sup>14</sup>.

##### (2) Anwendungsbereich

Viele Begrifflichkeiten im Anwendungsbereich (Erw. 8, Art. 1, Art. 2) sind vage.

Fraglich ist, was unter dem Begriff „Materialien“ zu verstehen ist.

Der VPRT regt an, in Erw. 8 das Wort „Vorschau“ durch das gängigere englische Wort „Preview“ zu ersetzen, der sowohl die Vorschau als auch Trailer erfasst. Es sollte auch klargestellt werden, dass nur „ancilliary services“ von legalen Angeboten in den Anwendungsbereich fallen. Sender müssen es im Rahmen ihrer Vertragsfreiheit in der Hand haben, ob sie ihre Dienste auch grenzüberschreitend anbieten wollen. Grundsätzlich darf hierdurch kein eigenständiger, vom Primärdienst losgelöster Anspruch von Verbrauchern aus anderen Mitgliedstaaten entstehen, auf diesen „ancilliary service“ zuzugreifen, es sei denn sie sind vertraglich oder anderweitig, z.B. über die Portabilitätsverordnung dazu berechtigt.

---

<sup>13</sup> CRA, S. 9 und S. 126

<sup>14</sup> Oxera&Ohlbaum, 2015: [http://www.acte.be/uploads/Modules/Mediaroom/cross-border-report-\(final\).pdf.pdf](http://www.acte.be/uploads/Modules/Mediaroom/cross-border-report-(final).pdf.pdf)



Der englische Text in Art. 1 (a) spricht zudem von „broadcasting organisations“, der deutsche Text von „Rundfunkveranstaltern“, was aus Sicht des VPRT enger ist. In der Praxis werden Catch-Up-Dienste eines Senders teils nicht (nur) auf der sendereigenen Website, sondern bei einem anderen Unternehmen der Holding, unter Kontrolle derselben, angeboten. Diese Catch-Up-Dienste sollten auch im Anwendungsbereich liegen.

Vorzugsweise sollten diese Klarstellungen auch im materiellen Teil, in Art. 1 und Art. 2 verankert werden.

### (3) Vertragsfreiheit

Der VPRT begrüßt, dass Erw. 11 die Vertragsfreiheit ausdrücklich nennt und damit klarstellt, dass Sender grundsätzlich weiterhin selbst entscheiden dürfen, ob sie ihre Angebote grenzüberschreitend anbieten. Dieses Grundrecht gilt ohnehin über Artikel 16 und 17 der Grundrechtecharta.

Das IA geht jedoch fehl in der Annahme, dass dies die Risiken für die Wertschöpfungskette ausschließt. Denn sowohl die laufenden Wettbewerbsverfahren (E-Commerce-Sector Inquiry und Pay-TV-Verfahren) als auch das laufende Rechtssetzungsverfahren zur VO über unzulässiges Geoblocking könnten das Recht, Dienste auf ein bestimmtes Territorium zu begrenzen, beschneiden.

### (4) Vergütung

Die Vergütung ist Teil der Vertragsverhandlungen und damit über die Vertragsfreiheit bereits geregelt. Aus Sicht des VPRT sind Erw. 10 und Art. 2 Absatz 2 des VO-Vorschlages daher entbehrlich und darüber hinaus missverständlich, denn sie legen einen Schwerpunkt auf einen Vertragsbestandteil, die eigentlich zu verhandelnde „faire“ Vergütung. Zumindest sollte die Vergütung (Erw.10) nach der Vertragsfreiheit (Erw. 11) textiert werden, also die Nummerierung der Erwägungsgründe getauscht werden.

Art. 2 Abs. 2 nennt die Kriterien, nach der sich eine mögliche zusätzliche Vergütung berechnen kann. Kriterium bei der Berechnung der Tarife für die Sender ist der Umsatz, nicht die Reichweite. Denn die Sender vermarkten ihre Programme in Deutschland. Zuschauer oder Zuhörer aus dem Ausland erhöhen ihren Umsatz nicht. Sollte Art. 2 Abs. 2 nicht gestrichen werden, sollte eine entsprechende Klarstellung erfolgen.

## b. Anwendung der Prinzipien der Kabelweitersendung

### (1) Gefahr für den Second Revenue Stream

Die Sendeunternehmen haben sich zudem jahrelang gegenüber Plattformen wie z.B. Kabelnetzbetreibern dafür eingesetzt, Erlöse für die Verbreitung ihrer Inhalte

zu erhalten. Die inzwischen erzielte Verbesserung der Verhandlungsposition und damit mehr Möglichkeiten zur Investition in Inhalte würden durch eine mögliche technologieneutrale Zwangskollektivierung der Weitersendung über Verwertungsgesellschaften erheblich erschwert. Bislang konnten hier vertragliche Lösungen gefunden werden.

Im Fall der weiteren Verhandlung über den VO-Vorschlag muss sichergestellt werden, dass das Verbotsrecht der Sender einschließlich der Möglichkeit über die kollektive Wahrnehmung ihrer Rechte frei entscheiden zu dürfen, nicht angetastet wird. Denn von der Einschränkung dieses Verbotsrechts würden ausschließlich die großen außereuropäischen Plattformen profitieren, die dann ggf. TV-Bundles auf Basis von Weitersenderegeln anbieten könnten, ohne individuell mit den Sendern Marktkonditionen vereinbaren zu müssen. Dies würde der Entwicklung der europäischen AV-Industrie erheblich schaden. Den Sendern darf dieser, neben den Werbeerlösen eröffnete „Second Revenue Stream“, nicht versperrt werden.

## (2) Anwendungsbereich

Artikel 1 (b) mischt Begrifflichkeiten der Verbreitungstechnik und der Verbreitungswege. Denn bestimmte Dienste werden über das offene Netz angeboten, deren zugrundeliegende Technologie, z.B. LTE oder DSL hingegen geschlossene Netze sind. Zudem sollte „oder ein ähnliches Netz“ gestrichen werden, da dies den Anwendungsbereich unverhältnismäßig und unvorhersehbar ausdehnt.

Der VPRT hätte eine Begrenzung des Anwendungsbereichs auf bekannte geschlossene Netze wie IPTV favorisiert.

Es muss im weiteren Verlauf des Rechtssetzungsverfahrens in Erw. 12 und Art. 1 (b) sichergestellt werden, dass die Weitersendung nur auf tatsächlich „geschlossene“ Netze Anwendung findet. Ein Verweis auf die BEREC-Guidelines zur Netzneutralität<sup>15</sup> könnte bei der Abgrenzung hilfreich sein.

Auch Art. 1 Absatz (b) sollten die englische und deutsche Sprachfassung mit Blick auf „broadcasting organisations“ überprüft werden (siehe oben).

## (3) Wahrnehmung der Rechte an der Weiterverbreitung seitens Rundfunkveranstaltern – Vetorecht der Sender

Der VPRT begrüßt, dass das Vetorecht der Rundfunkveranstalter in Art. 4 und Erw. 14 aus der Richtlinie beibehalten wurde. Dies muss zwingend und explizit auch weiterhin die Freiheit von Verhandlungszwängen umfassen. Denn Sender müssen es in der Hand haben, in welchem Umfeld (Qualität, Signalintegrität) sie ihre Dienste anbieten. Auch die Anzahl der Sender, mit denen Kabelnetzbetreiber und andere Anbieter geschlossener Netze Verträge schließen, ist überschaubar. Eine

---

<sup>15</sup> [http://berec.europa.eu/eng/document\\_register/subject\\_matter/berec/regulatory\\_best\\_practices/guidelines/6160-berec-guidelines-on-the-implementation-by-national-regulators-of-european-net-neutrality-rules](http://berec.europa.eu/eng/document_register/subject_matter/berec/regulatory_best_practices/guidelines/6160-berec-guidelines-on-the-implementation-by-national-regulators-of-european-net-neutrality-rules)



Verwertungsgesellschaftspflicht wäre daher unverhältnismäßig im Vergleich zum Nutzen durch die Plattformen.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Stellungnahme zur Konsultation vom 16. November 2015.<sup>16</sup>

**6. Rechtsdurchsetzung - Mitteilung „Für eine faire, effiziente und wettbewerbsfähige auf dem Urheberrechtsschutz beruhende europäische Wirtschaft im digitalen Binnenmarkt“ (COM(2016) 592 final)<sup>17</sup>**

Der VPRT behält sich vor, ggf. zu einem späteren Zeitpunkt Stellung zu nehmen.

---

<sup>16</sup> <http://www.vprt.de/verband/positionen/content/vprt-lehnt-eine-ausdehnung-der-vorgaben-der-satelliten-und-kabelrichtlini?c=4>

<sup>17</sup> <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/promoting-fair-efficient-and-competitive-european-copyright-based-economy-digital-single-market>